

# Neue Strategien zur beruflichen und sozialen Integration

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **114 (2017)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-839778>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## NACHRICHTEN



### Kinder sind ein Armutsrisiko

Die Zahl der Sozialhilfefälle ist in den Schweizer Städten 2016 durchschnittlich um 5,2 Prozent gestiegen; das ist mehr als in den vergangenen Jahren (Anstieg jeweils unter 3 Prozent). Eine deutliche Zunahme verzeichneten besonders mittelgrosse Städte und Agglomerationen, wie der neue Kennzahlenvergleich zur Sozialhilfe in Schweizer Städten 2016 zeigt. Das grösste Armutsrisiko haben in den Städten junge alleinerziehende Mütter zwischen 18 und 25 Jahren. Über 80 Prozent von ihnen beziehen Sozialhilfe. Generell bestätigt der Bericht, dass Haushalte mit Kindern ein grösseres Armutsrisiko tragen. Um dem entgegenzuwirken, braucht es spezifische Programme für Alleinerziehende, ein bezahlbares Angebot an familienergänzender Betreuung und Ergänzungsleistungen für Familien.

[www.staedteinitiative.ch](http://www.staedteinitiative.ch)

### Neues SKOS-Weiterbildungsangebot

Das Weiterbildungsangebot der SKOS ist neu gestaltet. Weiterhin bietet die SKOS darin eine Einführung in die öffentliche Sozialhilfe. Daneben sollen aber auch die vielfältigen Themen stärker beleuchtet werden, welche die SKOS und ihre Mitglieder beschäftigen. Neu werden die Weiterbildungen ab 2018 zweimal pro Jahr angeboten: An der Veranstaltung im November in Olten wird festgehalten [19. November 2018]. Im Juni wird eine zusätzliche Veranstaltung für die Ostschweiz in Winterthur durchgeführt [26. Juni 2018]. Neu werden pro Nachmittag nicht mehr nur drei, sondern vier Module angeboten. Wie bisher kann man an zwei Modulen pro Veranstaltung teilnehmen. Wer beide Weiterbildungskurse besuchen möchte, um dabei alle vier Module absolvieren zu können, profitiert von einem Rabatt bei den Teilnahmegebühren. [Red.]

## Neue Strategie zur beruflichen und sozialen Integration

Immer mehr schlecht ausgebildete Menschen finden auf dem Arbeitsmarkt keinen Platz mehr und benötigen in der Folge Sozialhilfe. Mit dem «Fokus Arbeitsmarkt 2025» und einer neuen Strategie zur beruflichen und sozialen Integration reagiert das Sozialdepartement der Stadt Zürich auf die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und vollzieht einen Paradigmenwechsel in der Sozialhilfe. «Wollen wir die Chancen von Geringqualifizierten auf dem ersten Arbeitsmarkt nachhaltig verbessern, so müssen wir ihre Qualifikation verbessern – innerhalb wie ausserhalb der Sozialhilfe. Ansonsten laufen unsere Bemühungen Gefahr, zum Nullsummenspiel zu verkommen», sagte der städtische Sozialvorsteher Raphael Golta Ende Oktober vor den Medien.

Der «Fokus Arbeitsmarkt 2025» bildet das Dach, unter welchem das Sozialdepartement all seine Massnahmen zur Arbeitsmarktintegration bündelt. Mit der neuen Strategie zur beruflichen und sozialen Integration werden die für eine Arbeitsmarktintegration in Frage kommenden Sozialhilfebeziehenden anhand ihrer Chancen für eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt und anhand ihrer Motivation, eine Stelle auf dem ersten Arbeitsmarkt anzustreben, neu

in vier Zielgruppen eingeteilt, erklärte die Direktorin der Sozialen Dienste, Mirjam Schlup. Wer nahe am ersten Arbeitsmarkt dran ist und eine hohe Motivation zeigt, soll künftig gezielter gefördert, begleitet und qualifiziert werden.

«Qualifikation ist nur mit Eigenmotivation möglich», sagte Raphael Golta. Sanktionen könnten die vorhandene Motivation beeinträchtigen. Ebenfalls auf Freiwilligkeit setzt das Sozialdepartement bei jenen, die aktuell kaum eine Chance haben für eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt und auch eine entsprechend tiefe Motivation zeigen, eine solche anzustreben. Bei ihnen steht die soziale Teilhabe mittels Beschäftigung im Vordergrund. «Wir akzeptieren, dass nicht alle einen Platz im Arbeitsmarkt finden. Wir geben die Betroffenen aber nicht auf», sagte Golta.

Sanktionen bleiben möglich bei Sozialhilfebeziehenden, die zwar gute Chancen für den ersten Arbeitsmarkt aufweisen, aber keine Motivation zeigen, eine Stelle anzutreten. Rund 70 Prozent der Sozialhilfebeziehenden kommen für eine Arbeitsmarktintegration gar nicht in Frage. Rund 20 Prozent der Sozialhilfebeziehenden sind zudem Kinder unter 16 Jahren. (MM) ■

## Zürcher Sozialamt mit neuer Chefin

Andrea Lübberstedt heisst die neue Chefin des Zürcher Sozialamts. Sie tritt auf Anfang 2018 die Nachfolge von Ruedi Hofstetter, langjähriges Mitglied der SKOS-Geschäftsleitung, an. Andrea Lübberstedt wechselt von der St. Galler in die Zürcher Verwaltung. Lübberstedt leitet derzeit das Amt für Soziales des Kantons St. Gallen. Sie absolvierte an der Universität Zürich ein Studium der Psychologie, Psychopathologie und Kriminologie. 2004 trat sie ins St. Galler Amt für Soziales ein, das sie seit 2012 leitet. Unter ihrer Leitung hat das Amt vielfältige Reformen im Sozialwesen ausgearbeitet, Entwicklungen angestossen und umgesetzt. Dazu zählt insbesondere die kinder- und jugendpolitische Strategie 2015-2020, aber auch die Integration von Menschen mit Behinderung. ■



Andrea Lübberstedt.

Bild: zvg